Abbau der republikanischen Einrichtungen nutzbar machen. Man nennt schon Diktatoren in der Presse. Einer der Genannten, unser Botschafter Wiedfeldt in Washington, hat bereits entrüstet protestiert. Wir treten als Demokraten für die republikanische Verfassung ein und unterstützen die Regierung in der Ablehnung, daß Deutschland heute nichts weniger brauchen kann als Regierungskrisen. Außenpolitisch ist zu betonen die ungeheure Gefahr, der einige Länder entgegengehen. England hat Neumexiko unter ernsten Zeichen für oder gegen Schutzzoll. Wir begrüßen, daß Amerika wieder mehr Teilnahme für Europa zeigt. Aber das Rheinland bleibt unter französischer Schreckensherrschaft. Alle Vernunftgründe splättern ab an der Hartnäckigkeit des Franzosen. Deutsch darf man darüber nicht das ganze französische Volk verantwortlich machen. Wenn es noch einen Sinn hat, ein Wort nach Frankreich hinüberzusprechen, so ist es an die französische Demokratie zu richten. Die Herrschaft des nationalistischen Pöbels unterdrückt allerdings jetzt die Stimme der Demokratie. Mit Recht hat Herr General Smuts hervorgehoben, daß die Politik des Schwertes eine einseitige Politik sei und Frankreich die beste Sicherheit in dem Bündnis mit dem demokratischen England und Amerika hätte. Frankreich dürfe nicht seine historische Mission als Träger des Liberalismus vergessen. In Deutschland muß wieder eine andere Gesinnung Platz greifen, damit sich nicht auch an uns das Dichterwort erfüllt „Ajax fiel durch Ajax Kraft". (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Koenen (Komm.) zur Geschäftsordnung: Die Hetze gegen die kommunistische Partei innerhalb und außerhalb des Hauses hat zu dem geführt, was wir bereits ankündigten, indem jetzt ein Verbot der kommunistischen Partei ausgesprochen worden ist. (Hört hört b. d. Komm.) Ich beantrage, daß das Haus in dieser Situation Stellung nimmt, wegen die Möglichkeit bei der politischen Aussprache gegeben ist. Wir beantragen, der Reichstag wolle beschließen, das vom General v. Seeckt erlassene Verbot der kommunistischen Partei Deutschlands, der kommunistischen Jugend Deutschlands, sämtliche Organisationen und der kommunistischen Internationale werden aufgehoben. Die Regierung muß zu diesem neuen Diktaturstreich Stellung nehmen, nachdem der Reichskanzler gestern erklärt hat, daß die kommunistische Bewegung ein Ergebnis der Not des Volkes ist, jetzt aber soll sie mit Militärgewalt niedergeschlagen werden. Darum beantrage ich, unseren Antrag mit auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident Loebe stellt fest, daß gegen die Verbindung des Antrages mit der politischen Aussprache kein Widerspruch erhoben werde. Dieser Antrag also angenommen sei.

Abg. Koenen (Komm.) beantragt nunmehr, ohne daß ihm der Präsident das Wort erteilt hat, zu beschließen, daß der Reichskanzler aufgefordert wird, unverzüglich sich zu dem Verbot zu äußern.

Präsident Löbe: Sie haben zu warten, bis ich Ihnen das Wort erteile. Es ist gestern bereits festgestellt, daß Art. 95 der Verfassung zwar das Recht zum Herbeirufen des Reichskanzlers ausspricht, nicht aber einen Zwang des Regierungsvertreters zum Reden. (Abg. Herzfeld (Komm.) wird wegen eines Zwischenrufes zur Ordnung gerufen.) Die Regierungsvertreter sollen herbeigerufen werden, damit sie die Ausführungen der Volksvertreter hören, das ist der Sinn dieser Bestimmung und kein anderer. Selbstverständlich kann ebensowenig wie Sie jemand anders zum Reden gezwungen werden. (Lärmende Zurufe b. Komm.) Eine Besprechung des Kanzlers kann überhaupt nur eröffnet werden, wenn dreißig Mitglieder den Antrag unterstützen.

Der Antrag auf Besprechung findet nur die Unterstützung der Kommunisten, sodaß damit die Besprechung abgelehnt ist. (Großer Lärm u. Zurufe b. d. Komm. Abg. Kunert (Soz.) ruft dem kommunistischen Abg. Malzahn zu: Schämen Sie sich!)

Abg. Leicht (Bayer. Vp.) erhält das Wort, wird aber längere Zeit durch fortgesetzte Unruhe und Zwischenrufe seitens der Kommunisten am Sprechen verhindert. Präsident Löbe ruft wegen der dauernden Störung der Verhandlungen die Abg. Herzfeld und Malzahn einmal und den Abg. Thomas zweimal unter Hinweis auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen eines dritten Ordnungsrufes zur Ordnung.

Abg. Leicht (Bayer. Vp.): In dieser schweren und ernsten Situation bedarf es objektiver und ruhiger Betrachtung, auf die der Abg. Erkelenz eingestellt war. Die Bemerkung des Herrn Hergt war zutreffend, daß die Volkspsyche beachtet werden muß, aber auch die Volkspsyche muß beachtet werden, wie sie sich besonders in Bayern gezeigt hat. Ich unterschreibe ferner die Worte des Reichskanzlers über die schamlose Behandlung unseres Vaterlandes durch Frankreich. Es ist richtig, daß unser ganzes innered Elend und wirtschaftliches Elend und innerpolitisches Elend von dieser außenpolitischen Einflußnahme abhängt. Anerkennung und Dank spreche ich unseren Brüdern und Schwestern des Rheinlandes und Ruhrgebietes aus, daß sie trotz aller Schikanen bis zur Stunde ausgehalten haben. (Beifall!) Frankreich hatte erklärt, daß 24 Stunden nach Aufgabe des passiven Widerstandes der Verhandlungen beginnen sollten. Daß es trotzdem neue Hindernisse gegen die Verhandlungen aufgestellt hat, ist eine Scheinheiligkeit, die nicht scharf genug zu verurteilen ist. Anerkennung und Dank spreche ich auch für die internationalen Bemühungen aus, besonders aus Deutschösterreich, dem deutschen Elend abzuhelfen. Ebenso danke ich aber auch den charitativen Bestrebungen unseres eigenen Volkes, besonders der Landwirtschaft, die in Unsern Großartiges für die ärmere Bevölkerung bietet. Der Abg. v. Gräfe hat Ausführungen gemacht, die nicht scharf genug verurteilt werden können. Er ist heute nicht hier. (Zuruf: Verreist.) Ich nehme an, daß die Mitte nicht führdurch gegangen ist. (Heiterkeit.) Herr v. Gräfe hat hauptet allerdings, die nationalsozialistische Bewegung richte sich nicht gegen die Religion und gegen die katholische Kirche, die Dinge in Bayern reden aber eine andere Sprache. Henn Herr v. Gräfe sagt, daß nur die Ultramontanen, die katholischen Politiker gemeint seien, so erinnere ich an längst entschwundene Zeiten. Ich habe auswährliches Beweismaterial, erinnere aber Herrn v. Gräfe aber nur an die Flugblätter in München anläßlich des Putsches. In einem Flugblatt hieß es: Nahr ist heim Kardinal Faulhaber. Der Zweck dieser Lüge war offenkundig. Auch der Präsident der Evangelischen Landeskirche in Bayern hat die konfessionelle Hetze energisch verurteilt. Der Münchener Putsch war ein Verbrechen am ganzen Volke. (Gebh. Zustimmung b. d. Mehrheit. — Zuruf des Abg. Lebedour (b. k. Fr.): Es ist merkwürdig, daß alle Mitschuldigen darüber reden, nur nicht Stresemann! — Heiterkeit.) Die vaterländischen Verbände haben kein einheitliches Ziel. Hitler will die Verhältnisse im ganzen Reiche von Grund auf ändern, im Parlament soll es nicht gehen. (Widerspruch des Abg. Henning, dt.-völk.) Bewegungen, die an sich gut sind, können zum Verderben werden, wenn sie mißbraucht werden, um Unerfahrene zu verführen. (Zustimmung.) In Bayern haben zehnjährige Realschüler Parteien gebildet für und gegen Kahr. Nach alledem bin ich nicht mehr in der Lage, das Wort „Ordnungszelle" für Bayern weiter in Anspruch zu nehmen. (Schallende Heiterkeit.) Das jetzige Kabinett ist der Rest der großen Koalition. Bei aller Anerkennung für das rednerische Geschick und die gute Regie Stresemanns bietet dieses Rumpfkabinett doch nicht genügend Gewähr für die Selbstheit der Regierung. Mit den Ausführungen des Kanzlers über das Verbot des Reiches zu Bayern kann man zum Teil einverstanden sein, wenn er z. B. sagt, daß die Verhältnisse stärker seien als er. Aber wir haben uns nicht absolut überzeugen können, daß die Taten, die nun folgen, auch den Worten entsprechen würden, namentlich in den Fragen, die unser Antrag über den Föderalismus enthält. Dr. Stresemann hat möglichst versucht, die Konflikte aus der Welt zu schaffen. Aber hier entscheiden die Erfolge, auch wenn er nicht immer dafür verantwortlich gemacht werden kann. Deshalb können wir dem Vertrauensvotum nicht zustimmen. Die große Not des Vaterlandes verlangt von uns allen, daß wir uns einschränken. (Zuruf b. d. Soz.: Kirchenschätze!) Das Kirchenvermögen ist ebenso verschwunden wie das Privatvermögen. (Lachen links.) Wenn wir Opfer bringen, werden sich die Verhältnisse auch wieder anders und erfreulicher gestalten als sie heute sind.

Reichswehrminister Dr. Geßler

(betritt mit einem großen Aktenpaket die Tribüne und wird deshalb mit Unruhe empfangen): Auf die Ausführungen der Ministerpräsidenten von Sachsen und Thüringen muß ich unbedingt eingehen. Zunächst muß ich zu den Verhältnissen Stellung nehmen, durch die wir in den Ausnahmezustand hineingekommen sind. Niemandem kann der Ausnahmezustand unangenehmer sein als mir. Wenn aus vaterländischen Gründen, weil es für ein Unglück halte, daß in einer Zeit, wo das Leben der deutschen Nation von außen bedroht ist, statt alle Kräfte zusammenzufassen, versucht wird, in Deutschland den Bürgerkrieg zu entfesseln, und weil es für das Reichsheer höchstes Ungünstigeres gibt, als in diese Konflikte hineingezogen zu werden. Auf der äußersten Rechten und äußersten Linken stehen zwei Parteien, die Kommunisten haben den Vorzug, klar auszusprechen, was sie wollen, während die Leute von v. Graefe und Genossen es mit den Worten in ihren Versammlungen sagen, daß sie die Verfassung der Deutschen Republik mit Waffengewalt umwerfen wollen. Im August hat zwischen den Nationalsozialisten und den Kommunisten eine gemeinsame Aktion stattgefunden (lebh. Unruhe u. Zwischenrufe b. d. Komm.), wobei beide Parteien im Ziele, dem Umsturz der Verhältnisse, völlig einig waren. (Der Abg. Remele sagte dabei, der Befreiungskampf sei kein Kampf der Rechtschichten, er werde nicht im Parlament entschieden, sondern könne nur siegreich durchgeführt werden mit der Waffe in der Hand. Dabei steht: stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. (Hr. Remele: Die Reichsregierung ist festsitzen. (Hr. Remele: Die Reichsregierung ist von Anfang an entschlossen gewesen, diesen Kampf mit allen Mitteln der Deutschen Republik aufzunehmen. (Zuruf b. d. Komm.: Daß ist bloß eine Aufstellung, das ist kein Waffengebrauch! — Große Heiterkeit.) In dem Etat meines Ministeriums steht eine große Einnahme aus dem Verkauf der beschlagnahmten Waffen. (Ruf b. d. Komm.: Wenn Sie die Waffen der Nationalisten verkaufen, könnten Sie das ganze Deutsche Reich wieder auf die Beine bringen!) Wir haben auch über die Bewegung der Rechtsradikalen zuverlässige Nachrichten, daß diese Herrschaften nur die Zeit abwarten, um loszuschlagen, das gewar wartet die eine Partei immer auf die andere. Der große Deutsche Tag in Nürnberg im September sollte eine Parade darstellen, es wurde auch das Kommando: Hinaus! Parade! Das sind doch militärische Vorbereitungen. (Heiterkeit.) Das Bild Hitlers wurde als zukünftiger Führer des deutschen Volkes herausgesagt. Der Entritt der Kommunisten in die Regierungen in Sachsen und Thüringen hat die Zukunftsaussichten dieser Kreise außerordentlich gestärkt, ihre Sprache ist sehr deutlich geworden. Ich lasse mich auf Spielbereiche ein, obwohl sie mich manchmal sehr interessieren. Ich bereite nicht nur auf offizielle und offizielle Persönlichkeiten. Der kommunistische Ministerialdirektor Brandler schreibt am 28. September in der russischen Zeitung „Pravda", es sei schwer, die kommunistischen Arbeiter zu bewaffnen, der Generalstreik sei jetzt politische Tätigkeit geworden, und es habe sich doch gezeigt, daß die Arbeiterschaft mit ihren Hundertschaften schnell kampfbereit daitchen und kolossale Diversionen als Gegengewicht gegen die offizielle Streikkräfte bilden können. Der Minister Böttcher in Sachsen hat in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" folgende Ausführungen gemacht: „Die Koalitionsregierung hat bankerottiert. Es gibt nach dieser Entwicklung eine weiße oder eine rote Diktatur. Das Proletariat muß sofort bewaffnet werden. Die Proletarischen Hundertschaften, Aktionsausschüsse, Kontrollausschüsse, Betriebsräte, alles das, was sich die Arbeiterklasse geschaffen hat in langem Kampfe, das sind Organe, mit denen das Proletariat heute seinen Kampf führen muß." Und dann wurde eine Resolution gefaßt, in der die im Zoologischen Garten versammelten 6000 Arbeiter entrüstet gegen die Auflösung der Hundertschaften protestieren und sich gemüht erklären, diese gleichwohl aufzubauen und mit allen Mitteln zu kämpfen, um die „Diktatur Stinnes" zu beseitigen. Inzwischen waren wir in den Ausnahmezustand hineingeraten. (Zuruf des Abg. Henning (deutschvölk.): Wenn ich an diesen Vorgängen in München beteiligt gewesen wäre, würde ich mich so „hinlegen", daß mich niemand wecken ließ. (Heiterkeit.) Herr von Kahr, der Generalstaatskommissar ernannt war, ist kein unbeschriebenes Blatt. Er war vor allem der Vertrauensmann weitester Kreise — vielleicht ohne seine Schuld — hier in Norddeutschland, die auf die Wiedererrichtung der nationalen Diktatur gewartet haben. Die Episode von Küstrin zeigt uns, wie groß die Gefahr geworden war. Wir mußten annehmen, daß die Ernennung des Herrn v. Kahr in Bayern zu der Auslösung größerer Bewegungen in Norddeutschland führen würde. (Sehr wahr!) Nun entstand für uns die überaus große Schwierigkeit, daß wir mit der kleinen Macht, die dem Reiche verblieben ist, zwischen zwei Feuer gekommen wären: auf der einen Seite, daß von Bayern (nach rechts) der Aufstand hervorgerufen worden wäre, und auf der andern Seite, daß auch Sie (nach links) die Stunde zum Losschlagen für gekommen erachtet hätten. Denn solche Bewegungen lassen sich nicht eindämmen: entweder sie kommen zum Ausbruch, oder sie brechen zusammen. Ich habe freilich nicht angenommen, daß die Männer in München (Zuruf aus d. Mitte: Männer?) die Sache so töricht anfangen würden. Denn hätten sie es wirklich in großem Stile unternommen, dann wäre das tatsächlich eine große Krise des Vaterlandes geworden. Wir mußten daher eine Stellung einnehmen, in der wir möglichst geschert waren. Das war nur Mitteldeutschland. (Zuruf des Abg. Lebedour (b. k. Fr.): Die Hilfe der mutschen Arbeiterschaft! Sie sind nicht die deutsche Arbeiterschaft, Sie, Herr Abg. Lebedour und Herr Abg. Malzahn, können nur sprechen für den Teil der Arbeiterschaft, der die Verhältnisse mit Gewalt umstürzen will, aber nicht für den Teil der Arbeiterschaft, der die Hilfe der Deutschen Arbeiterschaft, das heißt, das nicht will. (Sehr wahr!) Wir haben dem Sächsischen Ministerpräsidenten gegenüber den Standpunkt zum Ausdruck gebracht, daß wir keine Landesregierung anerkennen können, in der sich kommunistische Mitglieder befinden. (Unruhe und Zurufe b. d. Kommunisten.) Der Minister wird fortwährend durch lärmende Zurufe der Kommunisten unterbrochen, die ihre Plätze verlassen haben und dicht gedrängt neben der Rednertribüne stehen. Zurufe rechts: Auf die Mütze! Vizepräsident Dr. Bell ersucht gleichfalls die kommunistischen Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen, und diese begeben sich auf ihre Plätze zurück mit Ausnahme des Abg. Thomas, der ununterbrochen die Zwischenrufe fortsetzt. Der Zweck ist gewesen, an Stelle der bemokratischen Republik die Räterepublik zu setzen und dagegen sich mit allen Mitteln zu wehren, ist Aufgabe der Regierung, die auf dem Boden der Verfassung steht. Die sächsische Polizei gewährte der Bevölkerung das Maß des Schutzes und des persönlichen Schutzes, auf die sie Anspruch hat. (Fortgesetzter Lärm b. d. Komm.) General Müller hat mir wiederholt geschrieben, das ganze Unglück sei, daß in Sachsen 800 000 Menschen hungern müssen, und er hat sich größte Mühe gegeben, große Getreidemengen für die hungernde sächsische Bevölkerung aufzubringen und große Kartoffelzüge sind nach Sachsen gegangen. Während so auf der einen Seite die Gefahr sich allmählich verminderte, wirkten andererseits die Nachrichten von München her, daß man zu Anfang November losschlagen wolle, erneuerte und aufreizten, und es war klar, daß, wenn am 8. oder 9. November das Projekt der Münchner durchgeführt wurde, sich durchaus eine äußerst schwierige Situation ergeben müßte. Diese Feststellung war der Sinn der Befehlung des Generals v. Seeckt zum Inhaber der vollziehenden Gewalt.

(Fortsetzung folgt morgen.)

Kommunistenverhaftungen in Thüringen

Erfurt, 23. November.

Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidiums wurde die nach dem Eintreffen der Reichswehr in Thüringen flüchtig gewordene Betriebsleitung der K. P. D. von Großthüringen, insgesamt fünf Personen, die sämtlich unangemeldet hier wohnten und zum Teile keine Papiere hatten, festgenommen und zahlreiches wichtiges Material beschlagnahmt.

Rheinland und Regierungskrisen.

Von

Dr. Leonhardt-Duisburg,

Generalsekretär der Deutschen Volkspartei.

Wer wie das Rheinland tief in nationalen Nöten steckt und wem die Frage des Vorbleibens im und beim Reiche sozusagen die Sorge ums tägliche Brot" ist, der hat naturgemäß wenig Sinn für die parteipolitischen Manöverungen in Berlin. Ob „Regierung des nationalen Vertrauens", ob „große Koalition", für uns ist allein diejenige Regierung wünschens- und erstrebenswert, die ihre nationale Pflicht tut. Und nationale Pflicht nennen wir nicht das hysterische Schreien nach einer „Tat", die sich in die jämmerliche Komödie des Hitlerputs auflöst, sondern wir begreifen darin die stete wachsame Sorge um die Erhaltung des Reiches und die zugleich vorsichtige und tatkräftige Führung über die gegenwärtige Gefahrzone der Sprengung seiner Einheit. Von diesem Gesichtspunkte aus fassen wir die Frage der Reichsregierung auf und schütteln manchmal bestürzt und verwundert den Kopf über die häufigen Regierungskrisen, bei denen uns oft genug Menschliches, Allzumenschliches eine Rolle zu spielen scheint.

Jetzt schlagen seit Wochen die Wogen von Krisen, von denen eine der anderen folgt, um die Regierung Stresemann. Ein Mangel an greifbaren Erfolgen in der Erwägung läßt rechts und links die Unzufriedenheit aufleben und sich in parlamentarischen Aktionen und Prokamationen Bahn brechen. Gewiß, gerade wir im besetzten Gebiet spüren es am eigenen Leibe am greifbarsten, daß zurzeit sichtbare Erfolge fehlen. Aber mit dem Gefühl für außenpolitische Möglichkeiten, das uns in den fünf Jahren seit 1918 durch die Besetzung anerzogen worden ist, sehen wir doch trotz alldem bei diesem Reichskanzler die große, früher so vielfach vermißte Linie der Erhaltung und Durchsetzung des Reichsgedankens und der nationalen Ehre. Weil wir das sehen, so haben wir auch in unserer besonderen Lage Verständnis dafür, wenn diese Linie unter den heutigen Verhältnissen nicht immer ein gerader Strich ist, sondern sich auch manchmal in leichten Erdbebenkurven bewegt. Wir haben Verständnis dafür, weil wir diese Politik doch immer wieder in die gerade Linie ausmünden und sie äß weiterverfolgen sehen.

Wogegen wir aber stärkste Bedenken haben und warn wir schwerste Gefahren für uns sehen, das ist die parlamentarische Sprunghaftigkeit, die heut nach dieser, morgen nach jener Seite zieht, die nie das Reifen von Erfolgen abwarten kann und in ihrer Unrast immer wieder die Früchte schon in der Blüte zerstört. Und deshalb mehrt sich bei uns — das muß offen ausgesprochen werden — in allen Parteikreisen die Verständnislosigkeit für das unruhige parlamentarische Getriebe, das immer nur in Krisen lebt und — solche sucht. Das Gefühl, daß die verfassungsmäßige Reichsregierung mehr Eilbogenfreiheit haben müsse und nicht in jedem Augenblick von jedem Partei- und Fraktionsgruppchen geschaukelt werden dürfe, hat im besetzten Gebiet über Parteiabgrenzungen hinweg einen sehr starken Rückhalt.

Und, die die nationale Not zusammenzwingt, fehlt das Verständnis für die persönliche Schärfe, mit der im Reichstage Parteien und Fraktionen gegeneinander stehen. Auch wir haben dieselben Parteigegensätze, aber uns bringt die Lage zu mehr gegenseitigem Verständnis und zum Eingehen aufeinander. Und gerade deshalb vermissen wir die Stärkung dieser einheitlichen und versöhnlichen Haltung durch entsprechende Stellung der politischen Zentralstellen. Es kann ruhig gesagt werden, daß nichts die Einheitlichkeit der politischen Tätigkeit in den besetzten Gebieten so stark stört, als die Schärfe, mit der in Berlin die Parteien gegeneinander und gegen die Reichsregierung arbeiten.

Nachdem die Sozialdemokraten von selbst aus der Regierung wieder ausgeschieden sind und in der gegenwärtigen Entwicklung der Dinge nicht mehr mittun wollen, scheidet ja die Frage der großen Koalition jetzt praktisch aus. Es ist deshalb auch für uns müßig, jetzt die Frage zu erörtern, ob diese Entwicklung einen Verlust bedeutet oder ob sie nicht durch eine größere Einheitlichkeit der Grundlinie des Kabinetts eine Stärkung der Politik der Reichsregierung in sich trägt. Grundsätzlich muß gesagt werden, daß gerade mit Rücksicht auf die besetzten Gebiete eine möglichst breite Basis der Reichsregierung erwünscht ist, sofern sie nicht auf Kosten der Einheitlichkeit der politischen Linie geht. Damit ist auch schon das Problem angeführt, das augenblicklich in Berlin am meisten die parlamentarische und politische Welt zu berühren scheint: die Eindiegzehung der Deutschnationalen in eine Regierungskoalition. Wie wir im Rheinland darüber denken, geht ja schon aus der — man gestatte das Modewort — zwangsläufigen Entwicklung hervor, die die Parteigeschichte im rheinischen Provinziallandtag genommen hat. Hier sitzen in der Arbeitsgemeinschaft Volksparteiler, Deutschnationale und Demokraten zusammen, und die Arbeit funktioniert so reibungslos wie wohl kaum in einer einzelnen Preiskraftion des Reichstages. Allerdings werden hier auch keine Ultimaten in bezug auf Persönlichkeiten und sachliche Forderungen gestellt, sondern man findet immer eine gemeinsame Linie. Ultimaten würden beispielsweise die Vertreter der Volkspartei — wie auch sicherlich im umgekehrten Falle die der anderen Parteien — stets zurückweisen; realpolitisches Maßhalten läßt es zu solchen Auswüchsen der Parteipolitik nicht kommen! Wenn solches Maßhalten auch für die Deutschnationalen im Reiche vorausgesetzt werden dürfte und wenn auf dieser Grundlage eine breitere Basis für die Reichsregierung möglich wäre, dann würde das durchaus den Interessen der besetzten Gebiete entsprechen. Darüber hinaus eine einseitig auf die Deutschnationalen eingestellte Politik zu treiben, erscheint für unsere Verhältnisse als realpolitisch unmöglich. Wir können in unserer gegenwärtigen Lage alle Strömungen ertragen, die auf eine Kongentration der politischen Kräfte hinauslaufen, aber keine, die diese Kongentrationsbewegung in ihr Gegenteil verkehrt.

Wahrscheinlich wird auch dieses neueste parlamentarische Problem nach längerem Schillern als Seifenblase zerplatzen. Aber gesagt werden muß doch, daß diese ewigen Krisen die politische Entwicklungsfähigkeit in den besetzten Gebieten außerordentlich gefährden. Eines wird dadurch immer wieder in Frage gestellt: das ist die Stetigkeit der Regierungshandlungen, mit denen wir rechnen müssen. Gerade in diesen Wochen, wo wir zweifellos am Wendepunkt der Entscheidung über das Schicksal der besetzten Gebiete stehen, tut uns diese Stetigkeit not, damit auch wir unsere eigene Haltung auf längere Sicht darauf einrichten können. Deshalb muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß diese Krisen (so gut gemeint und innerlich überzeugt auch die Anschauung und Stellung der Einzelnen dazu sein mag) schwere Gefahrmomente für die besetzten Teile Deutschlands in sich bergen. Gefahren, deren sich die einzelnen Beteiligten scheinbar oft genug gar nicht recht bewußt sind.

Separatistenherrschaft in Ludwigshafen.

Mtb Ludwigshafen, 23. November.

Der Angriff der Separatisten auf Ludwigshafen hat heute früh zwischen 7 und 8 Uhr eingesetzt. Etwa 200 Mann kamen mit der Bahn in dem Vorort Mundenheim an und entwaffneten die Bahnhofspolizeiwache. Weitere Trupps kamen Lastautos an, um die Polizeiwache 3 in der Frankenthaler Straße zu entwaffnen. Gleich darauf begannen sie mit der Besatzungsmacht zu verhandeln.

Schon in der Nacht zog ein Trupp Separatisten in das Weichbild der Stadt Ludwigshafen ein. Die deutsche Gendarmerie, die das Bezirksamt besetzt hielt, mußte auf Befehl der Franzosen dieses bis 5 Uhr verlassen. Ferner wurde die deutsche Polizei in Ludwigshafen aufgefordert, sämtliche Waffen abzuliefern und sich unter den Schutz der Besatzungsbehörden zu stellen. Zur Stunde werden die Waffen in den einzelnen Polizeibezirksstellen eingesammelt. Die Abreinbrüche ist seit 10 Uhr für den Verkehr von Mannheim nach Ludwigshafen gesperrt.

Wie wir erfahren, ist das Stadthaus Nord von den Separatisten besetzt worden. Die Banken und die übrigen Geschäfte halten geschlossen. Die Zeitungen blieben bisher unbehelligt. Die Bevölkerung befindet sich in einer großen Aufregung und verhält sich ablehnend. Vor dem Stadthaus haben sich große Menschenmengen angesammelt, darunter viele Erwerbslose.

Pariser Echo der Kanzlerrede.

eca Paris, 23. November.

Obwohl die Morgenblätter im allgemeinen als „mildernde Umstände" für die gestrige Rede des Reichskanzlers ansehen, daß seine Ausführungen die Deutschfreunde dazu bestimmt gewesen waren, die innerpolitischen Schwierigkeiten zu überwinden, mit denen das deutsche Kabinett augenblicklich zu kämpfen habe, ist es doch unbestreitbar, daß die Angriffe des Kanzlers auf Frankreich, noch mehr aber seine Anspielung auf die Möglichkeit einer Isolierung Frankreichs, hier Unbehagen hervorgerufen haben. Der letzte Punkt wird von der Presse dazu benutzt, um auf die in der letzten Zeit nicht mehr so sicher wie früher in Gefolgschaft Frankreichs befindliche öffentliche Meinung Belgiens einzuwirken. Hiebei herrscht, wie die Zeitungen schreiben, neben Unstimmigkeiten über die praktische Nützlichkeit dieser oder jener politischen Methode zweifellos stärkste Anhänglichkeit aller Waffenbrüderschaft mit Frankreich.

„Oeuvre" schreibt zu den Ausführungen Stresemanns, diese seien ein Versuch, um gewisse Meinungsverschiedenheiten auszubeuten, für die man bei dem Ausgleich Fühlung bekommen der letzten Teilerinnerung zwischen den Alliierten den Beweis erlebt hat. Stresemanns Rede sei ein neuer Versuch, Frankreich zu isolieren. Aber, so schreibt das Blatt, zweifellos liegt sich Stresemann keine Rechnung schaft darüber als, wie dies in Deutschland sich ist, daß, wenn die Alliierten Frankreichs sich von derartigen Anregungen beeinflussen ließen, dies nur dann möglich ist, wenn diese Anregung nicht aus Deutschland kommt. Auch die letzte Note Deutschlands an die Botschafterkonferenz wird im übrigen nur als ein Versuch angesehen, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten gegeneinander auszuspielen, ein Versuch, den „Gaulois" z. B. als „perfide" empfindet.

„Petit Journal" bringt ebenfalls die letzte Note an die Botschafterkonferenz mit der Rede Stresemanns in Zusammenhang. Der Nachfolger Cunos, schreibt das Blatt, hat seinen letzten Plan entfüllt, den er aufgegeben hat, um Frankreich in Schwierigkeiten zu bringen. Dieser Plan scheine nicht mehr erfolgreich. Er bestehe darin, daß Frankreich sich wieder einmal mit seinen Alliierten überwerfen solle, um sich zu isolieren. Um dies zu erreichen, stelle man Frankreich so dar, als ob es das Ruhrpfand zu seinem eigenen Vorteil allein ausnützen wolle, indem es Englands, Italien und sogar Belgien seines Anteiles an den Reparationen berauben möchte. Deshalb habe das Deutsche Reich vorgeschlagen der Reparationskommission die Dokumente über die wirtschaftlichen Abkommen des Rheinlandes und des Ruhrgebietes mitzuteilen. Stresemann fordere die Alliierten Rechnungen auf, die Rechnungsablegungen Frankreichs nachzuprüfen und ihren Anteil zu verlangen. Er stelle sich selbst als den Anhänger einer ehrlichen Besetzung dar, während er andererseits den Anschein erwecken wolle, als ob die französische Auffassung der Besetzung einer gärten Hochstapelei gleichkäme.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Artikel von Interesse, der heute an der Spitze des „Echo de Paris", mit drei Sternen gezeichnet, erscheint, und der in hiesigen politischen Kreisen einer höchten militärischen Persönlichkeit der französischen Republik zuschreibt. Dieser Artikel legt dar, daß Deutschland vielleicht über den nötigen Rahmen zur Aufstellung der Mannschaften einer starken Armee verfügen, keineswegs aber, solange das Ruhrgebiet besetzt ist, in der Lage sei, aus seinen eigenen Beständen sich die für einen modernen Krieg erforderlichen Ausrüstungen zu beschaffen. Der Artikel soll offensichtlich die in nationalistischen Kreisen durch die Einschränkung der Militärkontrolle auf Grund der letzten Beschlüsse der Botschafterkonferenz geschaffene Unruhe besänftigen, bevor sie durch ihre Wirkung in der Kammer dem Kabinett Poincaré gefährlich werden kann. Es ist also als eine Unterstützung der Stellungnahme angesehen, die Poincaré in der heutigen Sitzung der Kammer einnehmen wird. Sie gewinnt an taktischem Wert für den französischen Ministerpräsidenten dadurch, daß sie aus militärischen, wenn auch verhältnismäßig gemäßigten Kreisen der Militärmacht kommt. Dieser Artikel schließt „die aeriische Politik im Januar, die durch die Besetzung der Hauptschlagader Deutschlands" die geheime industrielle Mobilisierung unmöglich gemacht habe, auf das Kreditkonto des französischen Ministerpräsidenten. Sollte trotz der Besetzung des Ruhrgebietes, so wird in dem Artikel ausgeführt, die nationalistische Welle in Deutschland eines Tages stark genug werden, um Deutschland zu einer „Wachtinstinkt" zu führen, so würde die sofortige Verstärkung der französischen Streitkräfte am Rhein und die sofortige Besetzung der Rheinlinie im Falle einer Weigerung, der Aufforderung der Kontrollkommission zu gehorchen, die notwendige Ergänzung für die Sicherheitspolitik der Regierung bilden, wodurch jeder kriegerische Versuch im Keim erstickt werden würde.

Die Verfassungsfrage in Griechenland.

Athen, 21. November.

Der Oberst Plastiras stimmte einer Anregung der Demokraten, welche eine Volksabstimmung hinsichtlich der Frage der Aenderung der Staatsform vor den Wahlen haben möchten, nicht zu. Er betonte, daß Venizelos auch der Ansicht sei, daß diese Frage nicht vor den Wahlen angeschnitten sein dürfe, und erinnerte an das letzte Schreiben des früheren Ministerpräsidenten an den griechischen Gesandten in Washington Rufios, der sich augenblicklich in Griechenland befindet, indem er sich dafür äußert, daß die endgültige Regelung der Staatsform dem Volke überlassen werden muß. Dieselbe Meinung wurde gleichfalls von den liberalen Parteiführern Danglis und Kafandaris vertreten.

Hierzu zwei Beilagen und Kurszettel.